

normal!

Zeitschrift des Behindertenbeirates
Finanziert vom Ministerium für Gesundheit und Soziales

Sachsen-Anhalt
des Landes Sachsen-Anhalt
1/2007

Thema: Chancengleichheit im Beruf

Das Jahr 2007 wurde zum Europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle erklärt. Was zum Thema auch im Land passiert, lesen Sie hier ...

Inhalt:

2

Aktuelles :

UN-Konvention für die Rechte behinderter Menschen unterzeichnet

3

Aktuelles

Zentralveranstaltung zum Europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle

3

Auf ein Wort

Chancengleichheit auch für Menschen mit Handicap

4

Aktuelles

Experten aus Italien informieren sich über berufliche Integration im Land

5

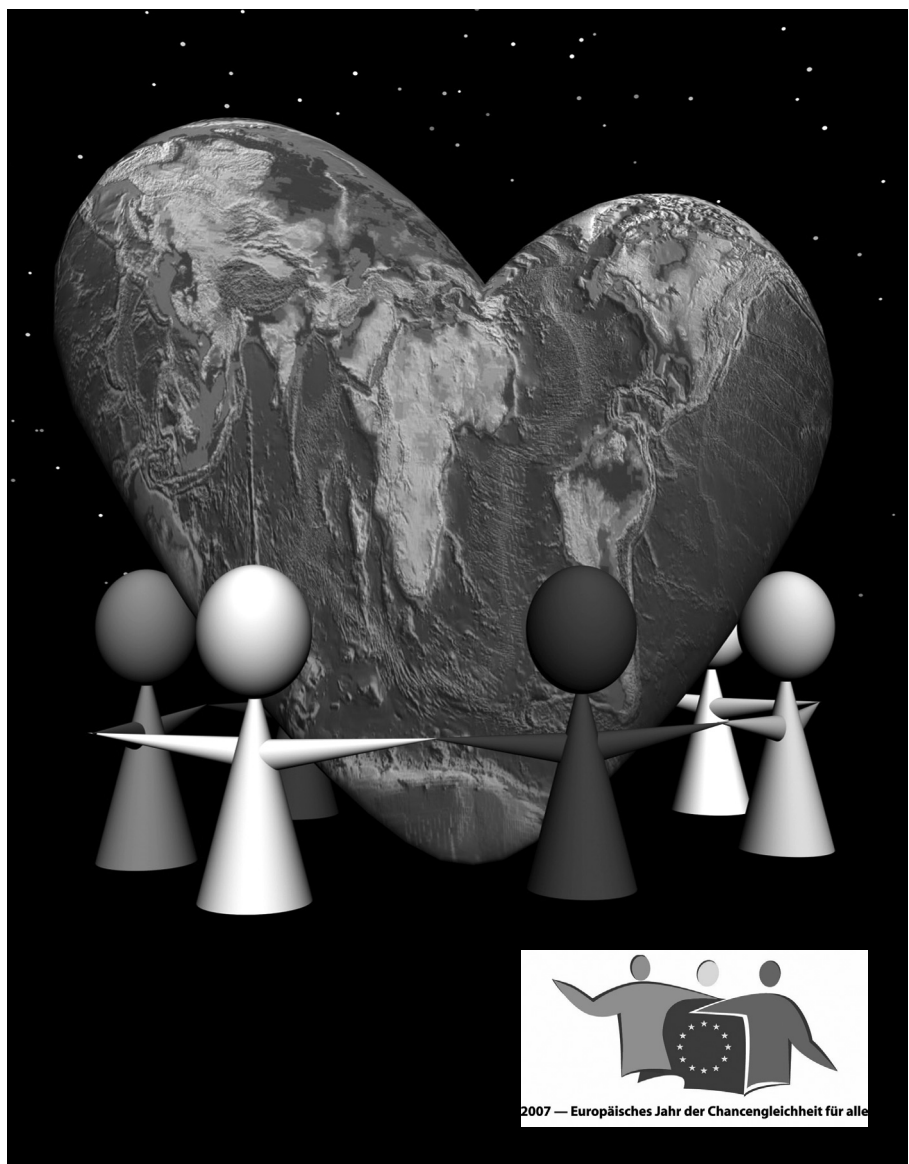
Im Portrait

Marco Borchardt - Mediengestalter: So kann Integration funktionieren

6

Aktuelles

Der Offene Kanal Wettin geht mit Doku-TV neue Wege



Vielfalt ist ein Gewinn für die Gesellschaft. Unterschiede der Menschen aufgrund ihres Geschlechts, der ethnischen Herkunft, ihres Glaubens, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Orientierung dürfen nicht länger zur Benachteiligung führen. Im diesjährigen Europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle soll diese Forderung in unterschiedlichen Veranstaltungen und Projekten manifestiert werden - auch über das Jahr 2007 hinaus.

UN-Konvention für Behinderte unterzeichnet – Jetzt Integration in Ländergesetze

Achzig Länder, darunter auch Deutschland haben am Freitag, den 30. März 2007 am Hauptsitz der Vereinten Nationen in New York die neue UN-Menschenrechtskonvention für die Rechte behinderter Menschen unterzeichnet. Die Vereinigten Staaten von Amerika und Russland schlossen sich der Initiative zunächst noch nicht an.

Die 192 Mitgliedsstaaten der Weltorganisation hatten die Konvention im Dezember vergangenen Jahres verabschiedet. Sie kann in Kraft treten, sobald 20 Länder sie bestätigt haben. Die Konvention schreibt erstmals in der Geschichte die Rechte behinderter Menschen völkerrechtlich verbindlich fest. Nach UN-Angaben gelten etwa zehn Prozent aller Menschen als körperlich, geistig oder seelisch behindert.

Von deutscher Seite signierte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Franz Thönnies, das Vertragswerk.

Das Langzeitziel der Konvention sei es, so Thönnies, die Einstellung der Öffentlichkeit zu Menschen mit Behinderungen und somit letztendlich die Gesellschaft als solche zu ändern.

Die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Louise Arbor, lobte die Zeichnung des Dokumentes durch 80 UN-Mitgliedsländer als „überwältigendes Echo“ und zeigte sich zuversichtlich, dass noch mehr Regierungen dem Vertragswerk beitreten. In einem nächsten wichtigen Schritt, so Arbor, müssen die Satzungen der Konvention möglichst schnell in die nationale Gesetzgebung der einzelnen Länder integriert werden.

Als besonders großer Erfolg wird gewertet, dass es in der Konvention gelungen ist, den besonderen Schutzbedarf behinderter Frauen herauszustellen.

Im Artikel 6 des Vertragswerkes ist nun erstmals international anerkannt, dass behinderte Frauen und Mädchen mehrfacher Diskriminierung ausgesetzt sind.

Der Konventionstext weist an verschiedenen Stellen darauf hin, dass behinderte Männer und Frauen gesonderter Unterstützung bedürfen, die auf die jeweiligen Belange der unterschiedlichen Geschlechter Rücksicht nimmt. Nur so haben sie die Chance in den Genuss sämtlicher verbrieftter Rechte und Grundfreiheiten zu kommen.

Dass es in New York gelungen ist, den besonderen Schutzbedarf behinderter Frauen herauszustellen, ist nicht zuletzt der guten Kooperation der Verbände behinderter Menschen insbesondere der Interessenvertretungen behinderter Frauen zu verdanken.

Bundesinitiative „Daheim statt Heim“

Am 1. Dezember 2006 wurde von der behindertenpolitischen Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Silvia Schmidt MdB und Fachleuten aus der Praxis sowie weiteren Bundestagsabgeordneten die Bundesinitiative „Daheim statt Heim“ gegründet.

Die Unterzeichner fordern den Baustopp für neue Heime und den Abbau bestehender Heimplätze. Stattdessen sollen bessere ambulante Strukturen aufgebaut werden. Die Menschen sollen in ihrer häuslichen Umgebung und in ihrer Gemeinde bleiben und an diesem Leben weiterhin teilhaben. Dazu will „Daheim statt Heim“ ein flächendeckendes Unterstützungs- und Dienstleistungssystem aufbauen und anstelle von Großeinheiten kleine Wohneinheiten mit maximal 5 Bewohnern fördern.

Dass solche Wohnformen funktionieren, zeigt ein Blick auf die skandinavischen Länder. In Schweden zum Beispiel ist es vor 30 Jahren schon gelungen, die Heime abzubauen. In anderen Ländern gibt es eine starke Bewegung in diese Richtung. Die UNO ließ sich davon leiten, als sie am 13. Dezember 2006 das „Übereinkommen über die Rechte behinderter Menschen“ verabschiedete. Diese wichtige Konvention sowie den im Sozialgesetzbuch IX beschlossenen Paradigmenwechsel von „ambulant vor stationär“ zu „ambulant statt stationär“ umzusetzen, sehen sich die Unterzeichner der Initiative in der Pflicht und wollen auf die Gesetzgebung einwirken. Sie fordern, die Pflegeversicherung und die Eingliederungshilfen so zu verändern, dass das Recht aller Menschen, frei wählen zu können, wo und wie sie leben, auch umgesetzt werden kann. Das Persönliche Budget ist eine wichtige Weiche auf dem Weg dorthin. Die Bundesinitiative hat inzwischen bald 600 Unterstützerinnen und Unterstützer.

(Zum Thema siehe Leserbrief S. 8)

2

TIPP:

www.bmas.de
Eine offizielle Arbeitsübersetzung des Übereinkommens

www.bundesinitiative-daheim-statt-heim.de
Informationen über die Bundesinitiative und die Möglichkeit, sich in die Unterstützerliste einzutragen.

Auf ein Wort

Chancengleichheit - auch für Menschen mit Handicap

Meine sehr verehrten Leserinnen und Leser unserer Zeitschrift „normal!“,

für die erste Ausgabe 2007 habe ich mir das Thema Chancengleichheit ausgewählt. Anlass ist das gleichnamige Europäische Jahr. Am 09. Mai feiern wir in Magdeburg die zentrale Veranstaltung des Landes. Daneben werden von vielen kleinen und großen Trägern und Vereinen vielfältigste Aktionen für oder mit Menschen mit Handicap zu dieser Thematik durchgeführt. Ein erheblicher Teil wird aus extra für diesen Zweck bereitgestellten Landesmitteln finanziert. So kann an vielen Stellen im Land darauf aufmerksam gemacht werden, dass Chancengleichheit noch (lange) nicht für alle gegeben ist. Es gibt Menschen die sind scheinbar gleicher als andere und wer möchte gerne immer zu einer benachteiligten Randgruppe unserer Gesellschaft gehören?

Natürlich weiß ich, dass nicht alles von heute auf morgen verändert werden kann, aber ich erwarte, dass sich jeder Mühe gibt, gute Ergebnisse zu erzielen und Chancengleichheit zu gewähren.

Und eigentlich existieren bereits vielfältigste Gesetze, die mehr als nur „sich Mühe geben“ vorschreiben. So besteht seit vielen Jahren das Verbot von Diskriminierung und Benachteiligung.

Doch bin ich Realist und weiß, dass gute Ergebnisse eine gewisse Zeit benötigen. Und bestimmte Dinge müssen immer wieder eingebracht und angestoßen werden. Einige Forderungen haben wir ja erneut im Landesbehindertenbeirat beschlossen.

So bin ich beispielsweise sehr gespannt, ob bei den Kommunalwahlen mehr barrierefreie Wahllokale als bisher zur Verfügung stan-

den. Offen bleibt auch, in welchem Umfang junge Menschen mit Behinderungen eine Chance auf Bildung haben, ohne gleich in Förderschulen separiert zu werden. Hier bewegt sich nur ganz langsam etwas. Beim Thema Bildung ist zu hinterfragen, wie diese gestaltet werden kann, dass Menschen mit Behinderung umfassend daran teilhaben können. Der Bildungskonvent wurde nun gebildet und sicherlich sind auch die Interessen der Menschen mit Behinderungen dort vertreten oder?

Wie jeder weiß, sind öffentliche Neubauten barrierefrei zu gestalten. Klappt das alles tatsächlich oder werden hier und an anderer Stelle Menschen mit Behinderungen um ihre Chancen gebracht?

Ich würde mich übrigens freuen, wenn Sie sich aktiv in die Diskussion mit einbringen würden. Dies können Sie beispielsweise im Internet unter www.selbst-bestimmt-leben.de. Unter der Rubrik barrierefreies Land können sie Barrieren jeglicher Art melden und auch auf gute Beispiele hinweisen. Oder Sie können sich an einer Umfrage zum Bildungskonvent beteiligen. Zukünftig sollen Schritt für Schritt auch Diskussionsforen möglich werden.

Wenn wir Chancengleichheit wollen, dann müssen wir gemeinsam aktiv werden und jeder muss dazu beitragen, mit seinen Fähigkeiten und Fertigkeiten alle Steine auf dem Weg dorthin beiseite räumen. Hier können wir beweisen, ob wir humanistisch, demokratisch, tolerant und weltoffen sind und es mit dem Abbau von Benachteiligungen und Diskriminierungen Ernst meinen. Denken sie immer daran, dass die Würde des Menschen unantastbar ist. Wenn wir anderen Menschen nicht ihre Würde geben, wird unsere eigene Würde von anderen angetastet werden.



Adrian Maerevoet,
Landesbehindertenbeauftragter

Zentralveranstaltung des Landes zum Europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle hat stattgefunden

Am Mittwoch, den 9. Mai 2007 fand im RAMADA Hotel Magdeburg die zentrale Veranstaltung des Landes zum Europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle statt. Diese Tagung bot allen Berufsgruppen, Verbänden und Institutionen, die der Umsetzung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes verpflichtet sind, Information, konkrete Hilfestellung und Anregungen.

Das Ministerium für Gesundheit und Soziales, die Landesbeauftragten sowie die Landeszentrale für politische Bildung als Veranstalter führten im Rahmen der Veranstaltung erstmalig auch die Akteurinnen und Akteure der Antidiskriminierungspolitik und Vereine sowie Verbände ganz unterschiedlicher Ausrichtung zusammen.



Expertentreffen – im Rahmen der europäischen Zusammenarbeit der Entwicklungspartnerschaft

Im Rahmen der transnationalen Zusammenarbeit der EQUAL-Entwicklungspartnerschaft BIBER traf sich im März eine kleine italienische Expertendelegation aus der Provinz Udine, Italien mit Kollegen der Arbeitsagentur Magdeburg, dem Jobcenter ARGE Magdeburg sowie der ARGE Halle. Thematisch ging es in dem drei Tage dauernden Erfahrungsaustausch um die Frage, wie die berufliche Integration von Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt zu gestalten ist. Dazu trafen sich die italienischen Fachleute auch mit dem Reha-Beraterteam Sachsen-Anhalt der Deutschen Rentenversicherung Mitteldeutschland sowie mit den Behindertenbeauftragten der Städte Magdeburg und Halle.

4

Nach dem Motto „voneinander lernen“ tauschten sich die italienischen und deutschen Kollegen zu den unterschiedlichsten Themenbereichen aus. Interessant war für die



Jessika Wegner kann trotz ihrer körperlichen Einschränkung eine Ausbildung zur Bürokauffrau absolvieren. Ein speziell eingerichteter Arbeitsplatz erleichtert ihr die Arbeit am Computer.

Beteiligten in erster Linie, sich über die vorhandenen Unterstützungsstrukturen zu informieren. Dabei stellten sie fest, dass sich insbesondere die Rollen der Beraterinnen und Berater im Zusammenhang mit der beruflichen Integration von Menschen mit Behinderung unterscheiden. Während in Italien die Reha-Experten der Arbeitsagenturen kein eigenes Budget verwalten, sondern im Sinne einer „Servicestelle“ ein Budget für den Betroffenen koordinieren, verfügen in Deutschland die Agenturen für Arbeit und die ARGEN über ihre eigenen Fördermöglichkeiten zur beruflichen Integration von Menschen mit Behinderung. Grundsätzlich können staatliche Einrichtungen in Italien lediglich über einen Zeitraum von 18 Monaten Unterstützung bzw. Förderung gewähren. Aus diesem Grund sind gerade die Kirchen und die Familien noch sehr viel stärker in die tägliche Betreuung und Begleitung von behinderten Menschen involviert.

Während der Zeit ihres Besuches hatte die italienische Gruppe auch die Gelegenheit, vier Unternehmen in Magdeburg zu besuchen, die Menschen mit den unterschiedlichsten Einschränkungen erfolgreich in ihre Unternehmensprozesse integriert haben. Immer wieder wurde hier betont, dass die Hilfe der Integrationsfachdienste für die Unternehmen sehr wichtig sei, um diese über verwaltungstechnische Notwendigkeiten im Rahmen der Beantragung von möglichen Förderleistungen (Ausstattung eines Arbeitsplatzes, Eingliederungshilfe) zu informieren und sie in dem Ver-

Biber

fahren zu unterstützen.

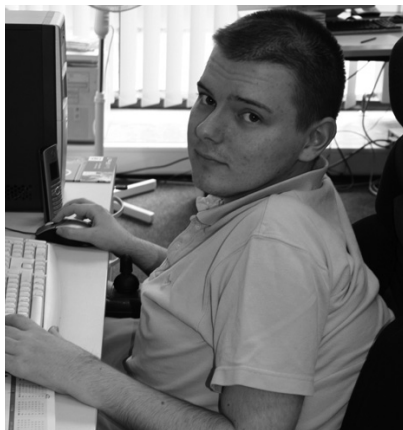
Interessant aus deutscher Sicht ist die konsequentere Durchsetzung der auch in Italien geltenden Integrationsquote: Unternehmen, die diese nicht erfüllen, werden bei öffentlich ausgeschriebenen Aufträgen nicht berücksichtigt. Kontrolliert wird die Quote über die zuständigen Arbeitsagenturen, an die die Unternehmen bis zum 31. Januar jeden Jahres ihre Mitarbeiteraufstellung melden müssen. Wer zu spät berichtet, muss für jeden Tag 500,00 EUR Strafe zahlen. „So haben wir, gerade wenn es um öffentliche Aufträge geht, immer wieder Anfragen von Unternehmen. Trotzdem ist auch bei einer Arbeitslosenquote von 3% in unserer Region sehr viel Überzeugungsarbeit zu leisten“, sagt Mirta Crote von der Arbeitsagentur Udine.

Infokasten

BIBER als Kürzel für „Berufliche Integration für Menschen mit Behinderungen in Sachsen-Anhalt“ ist ein Netzwerk, das mit neun verschiedenen Institutionen, Trägern und Unternehmen an der Verbesserung der beruflichen Integration von Menschen mit Behinderungen auf dem Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt arbeitet. Diese Partnerschaft hat sich im Beginn 2005 gegründet und weitet sich europaweit aus. Die zahlreichen Projekte werden vor allem aus dem Europäischen Sozialfond finanziert.



m Portrait



Der Mediengestalter Marco Borchardt hat seinen Traumberuf und einen Arbeitsplatz gefunden.

Ein ganz normaler Mitarbeiter, nur die Türen braucht er breiter

„Was ist schon normal?“, stellt der junge Mann mit dem Kurzhaarschnitt und dem spitzbübischen Jungengesicht die rhetorische Frage. Dann bedient er einen Hebel an seinem Elektrorollstuhl und manövriert das Gefährt geschickt auf die Tür des Büros zu. Die öffnet sich automatisch. Ein leises Surren und schon hat sich der 23-jährige Marco Borchardt in Bewegung gesetzt, biegt vor dem Büro rechts in den Gang ab, um der Besucherin seinen Arbeitsplatz zu zeigen. Marco Borchardt arbeitet seit dem Herbst 2005 als Mediengestalter in der Druckvorstufe der Doku Point GmbH. Er ist einer der Nutznießer des Netzwerkprojektes BIBER, das es sich zur Aufgabe gemacht hat, behinderte Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Borchardts Metier ist vor allem der Werksatz von Büchern, die in der Magdeburger Digitaldruckfabrik u.a. für den Doku-Point-Verlag gedruckt werden. „Er ist hier bei uns ein Mitarbeiter wie jeder andere“, versichert Anja Strangfeld, eine der drei Gesellschafter des Unternehmens. „Er braucht nur breitere

Türen.“ Obwohl die Einstellung eines körperbehinderten Mitarbeiters auch Neuland für die junge Firma war – sie gründete sich 1998 – stand die Geschäftsführung der Sache positiv gegenüber. „Wir hatten ja auch eine super Unterstützung vom Integrationsamt, was die Förderung baulicher Maßnahmen betraf“, so Frau Strangfeld. Jetzt sei das Unternehmen sehr froh, einen so guten Mitarbeiter gefunden zu haben. „Entscheidend waren seine Leistungen und die haben uns begeistert.“ Das meinen auch die Autoren, deren Manuskripten Marco Borchardt das passende Gesicht (Layout) und die Form verleiht.

Zu den Aufgaben des Mediengestalters gehören auch Kundengespräche.

Kein Problem, so Strangfeld. Kein Kunde hat bisher Anstoß

daran genommen, von einem behinderten Mitarbeiter betreut zu werden. Und Borchardts souveräne Arbeit, seine freundliche Art des Umgangs bringen ihm ganz automatisch das Ansehen ein, das er verdient.

Dabei sah es nach Abschluss der dreijährigen Ausbildung als Mediengestalter eher so aus, als müsse der junge Mann vor dem heimischen Computer Fotos bearbeiten und Layouts entwickeln. Ein Jahr war er arbeitslos und schrieb eine Bewerbung nach der anderen. Dass er körperbehindert ist, hat der junge Mann geflissentlich verschwiegen. „Ich wollte, dass die Personalchefs meine Bewerbung wenigstens lesen und sie nicht gleich in den Papierkorb werfen.“ Es brachte nichts.

Dann kam er in eine Maßnahme des Bildungswerkes der Wirtschaft Sachsen-Anhalt, über die er in einem Praktikum die Doku Point GmbH kennen lernte und die Geschäftsführung ihn. Daraus ist eine feste Verbindung geworden. Mit dem Fahrdienst wird Marco Borchardt jeden Tag zur Arbeit gebracht, surrt zu seinem Schreibtisch und führt ein „ganz normales Leben“.

Selbst bestimmt leben durch das persönliche Budget

Das Persönliche Budget durchläuft seit einem Jahr die Erprobungsphase und dennoch stellen sich für viele Leistungsberechtigte die unterschiedlichsten Fragen, sind sogar die Entscheider unsicher. Hier möchten die Mitglieder des Vereins Selbstbestimmt Leben in Sachsen-Anhalt e.V. Abhilfe schaffen, Informationen vermitteln, entsprechendes Material erarbeiten und Vorträge, Kurse sowie Fortbildungen organisieren. Der Verein wurde am 18. Oktober 2006 gegründet und steht für alle Menschen mit und ohne Handicap offen, die sich für seine Ziele einsetzen wollen. Als zentrale Aufgabe sehen die Mitglieder die Verbesserung der Selbstbestimmung für Menschen mit Handicap. Dies soll insbesondere durch eine allgemeine Beratung zu Fragen des Persönlichen Budgets, der Wohnraumanpassung, zu Wohnumfeldverbessernden Maßnahmen und zur Barrierefreiheit realisiert werden.

Im neuen Verein engagiert sich auch der Landesbehindertenbeauftragte, Adrian Maevoet. Vereinsvorsitzender ist Rüdiger Groß aus Wahlitz bei Magdeburg.

Selbstbestimmt Leben in Sachsen-Anhalt e.V. ist unter folgender Adresse zu erreichen:

Selbstbestimmt Leben in Sachsen-Anhalt e.V.

**Postfach 110133
39050 Magdeburg**

**Tel.: (039 200) 53 258
Tel.: (034 602) 40 08 16**

**kontakt@verein-selbst-bestimmt-leben.de
www.selbst-bestimmt-leben.de**

Doku-TV – Mobile Medienarbeit für Menschen mit und ohne Handicap vom Offenen Kanal Wettin

Wer eine Information an die Öffentlichkeit bringen will, nutzt Medien wie Radio, Fernsehen, Zeitungen und Zeitschriften und auch das Internet. Wer Informationen sucht, der findet sie dort. Was aber können Menschen tun, denen fast vollständig der Zugang zur eigenen Mediengestaltung verwehrt bleibt? Ihnen würde das neue Projekt des Offenen Kanal Wettin nützen: Das Medienmobil.

Das Konzept

Der Offene Kanal verfolgt folgenden konzeptionellen Ansatz:

Ausgestattet mit der notwendigen Technik für Live-Mitschnitte wird das Mobil landesweit in Zusammenarbeit mit den Offenen Kanälen Veranstaltungen aus den Bereichen Kultur, Politik und lokale Events aufzeichnen, nachbearbeiten und ausstrahlen. Unter fachlicher Anleitung werden vorrangig Jugendliche sowie Menschen mit Behinderung als aktive Medienmacher tätig werden.

Darüber hinaus wird das Mobil an Jugendfreizeiteinrichtungen, Schulen und Einrichtungen für Menschen mit Behinderung medienpädagogische Projektarbeit realisieren. Jugendliche in Ausbildung und junge Existenzgründer aus der Medienbranche werden die Möglichkeit haben, als Multiplikatoren erste Erfahrungen bei der Vermittlung von Medienkompetenz zu sammeln. Mit dem Ziel der umfassenden Einbeziehung gewährleistet die Beteiligung von Menschen mit Behinderung an der praktischen Medienarbeit ein hohes Maß an Integration.

Mit der Möglichkeit, Sendungen von Menschen mit Behinderung für Menschen mit Behinderung auszustrahlen, erfahren die Probleme und das Alltagsleben dieser Zielgruppe eine breite Öffentlichkeit. Je nach Art der Behinderung benötigen die Menschen andere Formen von Erklärungen und Inhalten. Durch Produktion und Ausstrahlung in dieser „anderen Sprache“ gewinnen die Sendungen eine neue Perspektive, gewinnen an Klarheit und Eindeutigkeit und erreichen neue Zuschauergruppen. Gemachte Erfahrungen sollen so die alltägliche Medienarbeit nachhaltig beeinflussen, um allen Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zum Medium zu ermöglichen.

Geplant ist eine enge Zusammenarbeit mit dem Landesbehindertenbeauftragten, Adrian Maerevoeth. Die jährlichen Einsätze im Bereich der Behindertenhilfe werden mit ihm abgestimmt. Doku-TV berichtet regelmäßig von Projekten und Initiativen des Beauftragten. Ein monatliches Feedback mit ihm dient der kontinuierlichen Profilierung der Methodik der medienpädagogischen Projekte mit und für Menschen mit Behinderung.

Um dieses ehrgeizige Projekt umsetzen zu können, hat der Offene Kanal Wettin an die Landesmedienanstalt einen Antrag auf Förderung eines Medienmobils (Doku-TV) gestellt und großes Interesse geweckt. Die Landesmedienanstalt hat in einem Gespräch mit dem Landesbehindertenbeauftragten bekundet, dass sie dieses Projekt (vorbehaltlich weiterer Prüfung) fördern möchte. Weitere geplante Förderer sollen sein: Lotto-Toto GmbH, Aktion Mensch, Landesjugendamt, Jugendamt Saalkreis und Bundesamt für Zivildienst.

Projekt wird befürwortet

Auch der Landesbehindertenbeauftragte befürwortet das Projekt und geht davon aus, dass es bei Realisierung nachhaltig dazu beitragen wird, sowohl das Bild von Menschen mit Behinderungen in der Öffentlichkeit positiv zu verändern, als auch Betroffene an ein selbstbestimmtes Leben durch Kennenlernen eigener Fähigkeiten heranzuführen.

In Sachsen-Anhalt leben ca. 260.000 Menschen mit Behinderungen. Davon werden etwa 19.000 Menschen von Einrichtungsträgern in Heimen, betreuten Wohnformen, Werkstätten für behinderte Menschen oder sonstigen Formen der Tagesförderung betreut.

Aufgrund ausbleibender eigener Darstellungs- und Beteiligungsmöglichkeiten fehlen andererseits die notwendigen Informationen in der Öffentlichkeit, was wiederum dazu beiträgt, dass Menschen mit Handicap häufig nicht selbstbestimmt, sondern in Heimen leben. Sei es, weil sie es sich selbst oder Entscheidungsträger ihnen das nicht zutrauen. Oder auch weil das Umfeld mangels Informationen sich nicht vorstellen kann, über welche Fähigkeiten und Fertigkeiten diese Menschen tatsächlich verfügen.

Doku-TV könnte es zeigen.



Nachrichten

Die Behindertenarbeit wird auch im neuen Landkreis Anhalt-Bitterfeld eine Lobby haben. mehr noch: Spätestens am 30. Juni dieses Jahres soll klar strukturiert sein, wie der bis dato Behindertenpolitische Runde Tisch

Ziel war zum einen, sich über die Organisation der Behindertenarbeit in den anderen Landkreisen zu informieren, erklärte Dagmar Zoschke als Sprecherin des BPRT in einem MZ-Gespräch. „Damit wollten wir gleichzei-

Kreisgebietsreform- Behindertenverbände ziehen an einem Strang

(BPRT) des Landkreises Bitterfeld auch die Interessen der Betroffenen aus den jetzigen Landkreisen Köthen und Anhalt-Zerbst vertritt. Das ist das Ergebnis einer Zusammenkunft, zu der der Runde Tisch die Vertreter aus den entsprechenden Gremien der Nachbarkreise eingeladen hatte.

tig unseren Wunsch zum Ausdruck bringen, die Art und Weise unserer Arbeit in den neuen Landkreis hinüber zu retten und die anderen dafür zu begeistern.“

Dabei schilderten die Vertreter der im Runden Tisch integrierten Vereine und Verbände, wie sie sich hier wiederfinden.

„Das stieß sofort auf großes Interesse, was uns natürlich sehr gefreut hat“, so Zoschke. Das Lebenshilfswerk als einer der Vertreter von Köthen beispielsweise sehe in der Arbeit als gemeinsamer Tisch künftig die größeren Chancen und habe sofort seine Mitarbeit zugesichert. Auch von Anhalt-Zerbst seien ähnliche Reaktionen gekommen. Durch die Viertelung dieses Landkreises gehören dann zwar nur wenige Vertreter zum neuen Kreis, doch die hätten ebenfalls ihre Mitarbeit bekundet.

Unabhängig davon, wie sich das Gremium in Zukunft nennen wird: Aufgrund ihrer reichen Erfahrungen war den Bitterfeldern mit ihrem Behindertenpolitischen Runden Tisch die Koordinierung dieser gemeinsamen Aufgabe übertragen worden.

Mit der neuen Struktur soll auch eine bessere Qualität verbunden sein: die Rolle des Runden Tisches und damit der Behindertenarbeit soll aufgewertet werden, indem das Gremium – ähnlich wie der Seniorenbeirat – in die Hauptsatzung aufgenommen wird.

„Und wir werden von den Kommunalpolitikern fordern, dass Barrierefreiheit nicht nur mit Worten gedient ist, sondern sie in immer mehr Bereichen auch wirklich umgesetzt werden muss. (MZ, Lokalred. Bitterfeld)

(Silke Ungefroren, Redakteurin MZ)

Kommentar

Während es in den Noch-kreisen Bitterfeld und Köthen brodelt im Streit um die künftigen Standorte wichtiger Behörden, machen andere Nägel mit Köpfen. Vereine und Verbände beispielsweise, die im BPRT des Landkreises Bitterfeld schon seit Jahren gemeinsame Interessen vertreten. Und weil die Leute wissen, dass die Kreisgebietsreform auch um sie keinen Bogen macht, ergriffen sie schon vor geraumer Zeit die Initiative, um ein künftiges Miteinander in die Bahnen zu lenken. Und siehe da, es geht. Obwohl es sicher auch Unterschiede gibt in der Arbeitsweise. Aber das gemeinsame Ziel wurde erkannt und verbindet. Das dürfen sich andere getrost anschauen.

TIPP:

**Versicherungsdienst
für Menschen mit Behinderungen
Sonderbeauftragter
Ewald Hölscher
Waldstraße 19
32105 Bad Salzufen**

**Tel.: (052 22) 36 65 60
Fax: (052 22) 36 65 61**

**www.bruderhilfe.de/hoelscher.fmm
hoelscher.fmm@bruderhilfe.de**

Gleichstellung – auch bei den Versicherungen

Auf Wunsch der Verbände Lebenshilfe, BEB, CBP haben die Versicherer im Raum der Kirchen schon vor acht Jahren die Initiative ergriffen und Versicherungsprodukte für Menschen mit Behinderungen entwickelt.

Im ersten Schritt wurden Haftpflichtversicherung, Unfallversicherung, Sterbegeldversicherung sowie Auslandsreise-Krankenversicherung dem allgemeinen Versicherungsangebot hinzugefügt.

Durch das SGB XII wurde das bestehende Angebot um eine Hausratversicherung sowie die staatlich geforderte Riester-Rente erweitert.

Die Versicherer im Raum der Kirchen leisten auch bei Deliktunfähigkeit und verzichten bei allen Versicherungen auf eine Gesundheitsprüfung.

Die Erfahrungen zeigen, dass Eltern und Betreuer/innen von Menschen mit Behinderungen Vorsorge treffen möchten.

Sehr geehrte Damen und Herren,
wir als Elternbeirat und Vorstand der Lebenshilfe Magdeburg haben mit großem Erstaunen und Unverständnis den o.g. Artikel von Herrn Pischner gelesen und die daraus

wählen und eine ihren Wünschen und Bedürfnissen entsprechende Wohnstätte aussuchen können.

Dabei muss der unterschiedlich hohe Hilfsbedarf der geistig schwerst- und mehrfach behinderten Menschen berücksichtigt werden. Viele von ihnen benötigen eine Rund-um-die-Uhr-Betreuung. Diese, wie im Artikel gefordert, ambulant abzu-

Leserbrief – zu „Sind Heim- und Neubauten noch zeitgemäß?“, normal! 2/2006

resultierende Diskussion in der Öffentlichkeit verfolgt. Nach unserer Auffassung wurde die Neueröffnung des Wohnheimes der Lebenshilfe Magdeburg in diesem Artikel in ein falsches Licht gerückt, so dass wir das Gesagte so nicht stehen lassen möchten.

Die Lebenshilfe- Werk Magdeburg GmbH bietet eine breite Palette an betreuten Wohnformen für Menschen mit Behinderungen an, so dass diese mit ihren Familien aus verschiedenen Möglichkei-

sichern, ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich, da der zuständige Kostenträger eine solch aufwendige Betreuung nicht finanziert.

Geistig behinderte Menschen wünschen zudem häufig die Geborgenheit einer Gruppe. Diese sowie eine fachlich kompetente Betreuung, Assistenz und Begleitung erleben sie in unseren Wohnstätten - nicht aber Bevormundung, wie es aus dem Artikel herauszulesen war. Wir laden Sie ein, sich selbst ein Bild von der Wohnstätte zu machen.

Dr. Klaus-Dieter Pantke, Vorstandsvorsitzender der Lebenshilfe Magdeburg e.V.

Impressum

Herausgeber:

Der Landesbehindertenbeirat, vertreten durch den Beauftragten der Landesregierung für die Belange behinderter Menschen (v.i.S.d.P.)
Turmschanzenstraße 25
39114 Magdeburg

Tel.: 0391 567-6985/4564

Fax: 0391 567-4052

E-Mail: behindertenbeauftragter@ms.sachsen-anhalt.de

Redaktion:

Redaktionsausschuss des Landesbehindertenbeirates,

Silvia Dammer (verantw. Red.)

Tel.: 034920 65 007

Fax: 034920 65008

Fotos: Titelseite Fotolia.de

Satz:

Dammer Verlag, Jahmo, Nr. 7
06895 Kropstädt

www.biografischer-dienst.de

Druck:

Elbe-Druckerei Wittenberg GmbH
Breitscheidstraße 17

06886 Lutherstadt Wittenberg

Tel.: 03491 41 02 42

www.elbedruckerei.de

normal! erscheint dreimal jährlich.
Alle Rechte für diese Ausgabe beim Herausgeber.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung.

Nachruf

Nach langer, schwerer Krankheit verstarb am 9. März 2007 im Alter von 62 Jahren der langjährige Vorsitzende des Kreisvorstandes Bördekreis des Blinden- und Sehbehinderten-Verbandes Sachsen-Anhalt,

Ulrich Kittlaus

Ulrich Kittlaus genoss wegen seines engagierten Wirkens in der Blinden- und Sehbehindertenselbsthilfe in der Börde aber auch auf Landesebene ein hohes Ansehen. Er wirkte am Runden Tisch der Menschen mit Behinderungen des Landes mit und war Mitglied der Arbeitsgruppe Integration und Rehabilitation.

Wir werden sein Andenken in Ehren bewahren.

Der Landesbehindertenbeirat, vertreten durch Adrian Maerevoet, Beauftragter der Landesregierung für die Belange behinderter Menschen